



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR
TRANSPARENCY

German Business Panel

März 2021

German Business Panel

Vor den Landtagswahlen im Südwesten: Wie Unternehmen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die Corona-Krise bewerten

Ergebnisbericht 3/2021

Bischof | Dörrenberg | Eble | Karlsson | Lauer | Rostam-Afschar | Simons | Voget

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des
DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“

Die Ergebnisse in diesem Dokument basieren auf den Auswertungen der Corona-Befragung des German Business Panel. Sie werden fortlaufend erweitert und aktualisiert. Weitere Informationen: www.gbpanel.org

Die methodischen und inhaltlichen Grundlagen der Studie finden Sie in unserem Working Paper: [The German Business Panel: Insights on corporate taxation and accounting during the COVID-19 pandemic](#)

Autoren

Prof. Dr. Jannis Bischof, Prof. Dr. Philipp Dörrenberg, Fabian Eble, Christopher Karlsson, Clemens Lauer
Dr. Davud Rostam-Afschar, Prof. Dr. Dirk Simons, Prof. Dr. Johannes Voget

Universität Mannheim

German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.

Leitung des German Business Panel:

Principal Investigators
(wissenschaftliche Projektleitung):



Prof. Dr. Jannis Bischof
Universität Mannheim
jbischof@uni-mannheim.de



Prof. Dr. Dirk Simons
Universität Mannheim
simons@uni-mannheim.de



Prof. Dr. Johannes Voget
Universität Mannheim
voget@uni-mannheim.de

Research Fellow
(wissenschaftliche Begleitung):



Prof. Dr. Philipp Dörrenberg
Universität Mannheim
doerrenberg@uni-mannheim.de

Projektmanager:



Dr. Davud Rostam-Afschar
Universität Mannheim
rostam-afschar@uni-mannheim.de

www.gbpanel.org | gbpinfo@mail.uni-mannheim.de

TRR 266 Accounting for Transparency



Der TRR 266 Accounting for Transparency ist ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderter überregionaler Sonderforschungsbereich.

Unser Team von engagierten Forschenden untersucht, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Ziel ist es, eine wirksame Regulierung für Unternehmenstransparenz und ein transparentes Steuersystem zu entwickeln. In unserer eigenen Forschung gewährleisten wir die Transparenz ebenfalls.

Am TRR 266 sind mehr als 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligt von den Hauptstandorten: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der European School of Management and Technology Berlin, der Frankfurt School of Finance & Management, der Goethe-Universität Frankfurt am Main, und der WHU - Otto Beisheim School of Management.

www.accounting-for-transparency.de | trr266@mail.uni-paderborn.de

Die Corona-Umfrage des German Business Panel

Die Corona-Krise stellt Unternehmen in Deutschland vor beispiellose Herausforderungen. Das German Business Panel (GBP) der Universität Mannheim untersucht insbesondere folgende Fragen:

1. Wie entwickeln sich Umsatz und Gewinn deutscher Unternehmen während der Krise?
2. Haben staatliche Hilfsleistungen Unternehmen in der Krise erreicht?
3. Welche staatlichen Leistungen haben Unternehmen in welchem Umfang in Anspruch genommen?
4. Hätten Unternehmen auch ohne staatliche Hilfe die Krise überstanden?
5. Welche strategischen Entscheidungen haben Unternehmen als Reaktion auf die Krise getroffen?
6. Welche Erwartungen haben Unternehmen in Bezug auf die Überlebenswahrscheinlichkeit von Unternehmen in ihrer Branche?
7. Für welchen Zeithorizont planen Unternehmen mit Einschränkungen aufgrund der Corona-Krise?

Die Ergebnisse der GBP-Corona-Befragung geben Aufschluss darüber, wie zielgerichtet und wie wirksam die staatlichen Hilfsmaßnahmen für Unternehmen waren.

Rheinland-Pfalz: Hohe Zufriedenheit bei Krisenverlierern Baden-Württemberg: Hoher Anteil an Krisengewinnern

- Im bundesweiten Vergleich schneiden Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sehr ähnlich ab. Die **wirtschaftlichen Einbußen bei Gewinn und Umsatz fallen in beiden Bundesländern geringer aus** als im Durchschnitt der übrigen Bundesländer. Die **Zufriedenheit der Unternehmen** mit den staatlichen Maßnahmen liegt dennoch nur im **Mittelfeld**.
- In beiden Bundesländern wird die wirtschaftlich etwas günstigere Situation der Unternehmen **maßgeblich von den Kleinstunternehmen** (einschließlich der Solo-Selbstständigen) beeinflusst. Diese zählen bundesweit zu den Unternehmen, die mit Abstand die stärksten Einbußen verzeichnen. Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Rheinland-Pfalz schneiden gerade diese Unternehmen aber bei Gewinn und Umsatz deutlich besser ab. Auch einzelne Branchen (etwa Bau und Handel) entwickeln sich noch günstiger als im bundesweiten Vergleich.



- Hinter dieser insgesamt vergleichbaren Situation in beiden Bundesländern stellt sich das Bild jedoch deutlich differenzierter dar. Dies betrifft insbesondere die Situation von Krisengewinnern und Krisenverlierern, unter denen die Einschätzungen teilweise weit auseinanderliegen.
- Zu den **Krisenverlierern** zählen Unternehmen, die im bisherigen Verlauf der Pandemie von staatlich verordneten Schließungen betroffen waren oder aufgrund von indirekten Folgen dieser Schließungen erheblichen Umsatz verlieren. **Unter den geschlossenen Unternehmen fällt die Beurteilung der staatlichen Maßnahmen in Rheinland-Pfalz weit überdurchschnittlich positiv, in Baden-Württemberg hingegen deutlich negativer** als im bundesweiten Vergleich aus.
- Diese unterschiedliche Wahrnehmung korreliert stark mit der Bewertung, wie gut Auszahlung und Verwaltung der staatlichen Hilfe funktionieren. Unternehmen in Rheinland-Pfalz berichten in erheblich geringerem Umfang von erfahrenen Verwaltungshürden und Verspätungen bei der Auszahlung. In Baden-Württemberg ist der Anteil solcher Erfahrungen hingegen sehr hoch.
- Zu den **Krisengewinnern** zählen Unternehmen, denen es im bisherigen Verlauf der Pandemie gelungen ist, erhebliches Wachstum bei Gewinn oder Umsatz zu erzielen. **Der Anteil dieser Unternehmen fällt in Baden-Württemberg besonders hoch aus.** Das Land liegt hier im bundesweiten Vergleich auf Platz 2. Auch Rheinland-Pfalz schneidet noch vergleichsweise gut ab. Dies spricht für die **strukturelle Stärke** von Unternehmen, gute Infrastruktur, aber auch für die **Innovationskraft und Flexibilität** der Unternehmen in diesen beiden Bundesländern.
- Die vergleichsweise günstige Entwicklung der Unternehmen in Baden-Württemberg profitiert insofern besonders von der strukturellen Stärke des Wirtschaftsstandorts, die zu überdurchschnittlich vielen Krisengewinnern führt. In Rheinland-Pfalz erklären sich die vergleichsweise günstigen Werte gerade durch die Zufriedenheit der Krisenverlierer mit der Unterstützung durch staatliche Hilfen.

Fazit

Die wirtschaftliche Situation und die Einschätzung der Unternehmen im bisherigen Verlauf der Pandemie stellen sich in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ähnlich dar. Unterschiede gibt es unter Krisenverlierern und Krisengewinnern. Gerade die Krisenverlierer zeigen sich in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich zufrieden mit den staatlichen Hilfsmaßnahmen, in Baden-Württemberg hingegen besonders stark unzufrieden. Der Anteil an Unternehmen, die zu den Krisengewinnern zählen, ist demgegenüber in Baden-Württemberg weit überdurchschnittlich hoch.

I – Bundesländervergleich: Gewinneinbruch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz geringer als im Bundesschnitt, Zufriedenheit nur im Mittelfeld

Die Ergebnisse in allen Abschnitten des Berichts basieren auf 14.233 vollständigen Interviews aus den Zeiträumen von Juli bis September 2020 sowie von November 2020 bis Februar 2021, davon 2.670 aus Baden-Württemberg und 818 aus Rheinland-Pfalz (letzter Stand: 1.3.2021). 1.789 Unternehmen davon wurden in beiden Zeiträumen befragt. Die Unternehmen decken 256 Branchen (Dreistellerebene der WZ2008) ab.



Die folgende Tabelle zeigt die Bundesländer nach der Stärke der von ansässigen Unternehmen berichteten Gewinnveränderung (vom Jahresende 2020 im Vergleich zum Vorjahr) sowie der Zufriedenheit dieser Unternehmen mit den staatlichen Maßnahmen während der Krise. Dabei zeigt sich, dass die Unternehmen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit einem Gewinnrückgang von 16 Prozent bisher verhältnismäßig besser durch die Krise gekommen sind, als das in anderen Bundesländern der Fall ist; noch besser schneiden lediglich die Unternehmen aus Schleswig-Holstein, Brandenburg und Thüringen ab. Die Zufriedenheit mit den staatlichen Maßnahmen liegt dahingegen im Bundesvergleich nur im Mittelfeld. Der Grad der Zufriedenheit ist also nicht in erster Linie von den direkten wirtschaftlichen Einbußen der Unternehmen getrieben, sondern spiegelt deren allgemeine Zufriedenheit mit dem staatlichen Krisenmanagement wider.

Gewinne sinken in B-W und R-P weniger stark, Zufriedenheit trotzdem nur im Mittelfeld

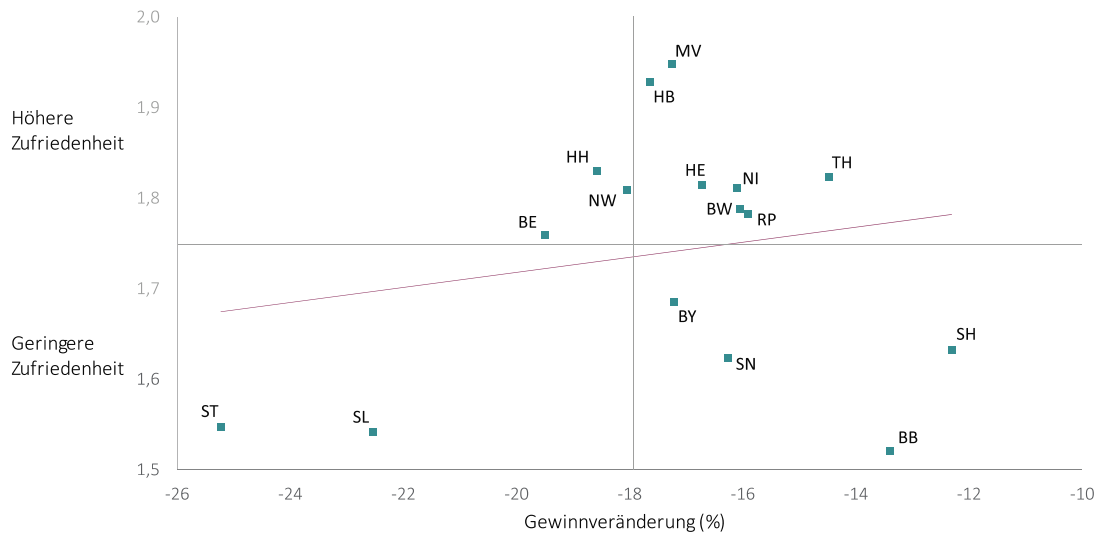
	Gewinnveränderung (% ggü. Vorjahr)		Zufriedenheit (0-4)	
1	Schleswig-Holstein	-12,31	Mecklenburg-Vorpommern	1,95
2	Brandenburg	-13,40	Bremen	1,93
3	Thüringen	-14,48	Hamburg	1,83
4	Rheinland-Pfalz	-15,92	Thüringen	1,82
5	Baden-Württemberg	-16,05	Hessen	1,81
6	Niedersachsen	-16,10	Niedersachsen	1,81
7	Sachsen	-16,26	Nordrhein-Westfalen	1,81
8	Hessen	-16,73	Baden-Württemberg	1,79
9	Bayern	-17,22	Rheinland-Pfalz	1,78
10	Mecklenburg-Vorpommern	-17,25	Berlin	1,76
11	Bremen	-17,65	Bayern	1,68
12	Nordrhein-Westfalen	-18,05	Schleswig-Holstein	1,63
13	Hamburg	-18,59	Sachsen	1,62
14	Berlin	-19,49	Sachsen-Anhalt	1,55
15	Saarland	-22,53	Saarland	1,54
16	Sachsen-Anhalt	-25,23	Brandenburg	1,52



1. Zufriedenheit: eigene Gewinnveränderung vs. Pandemiegeschehen

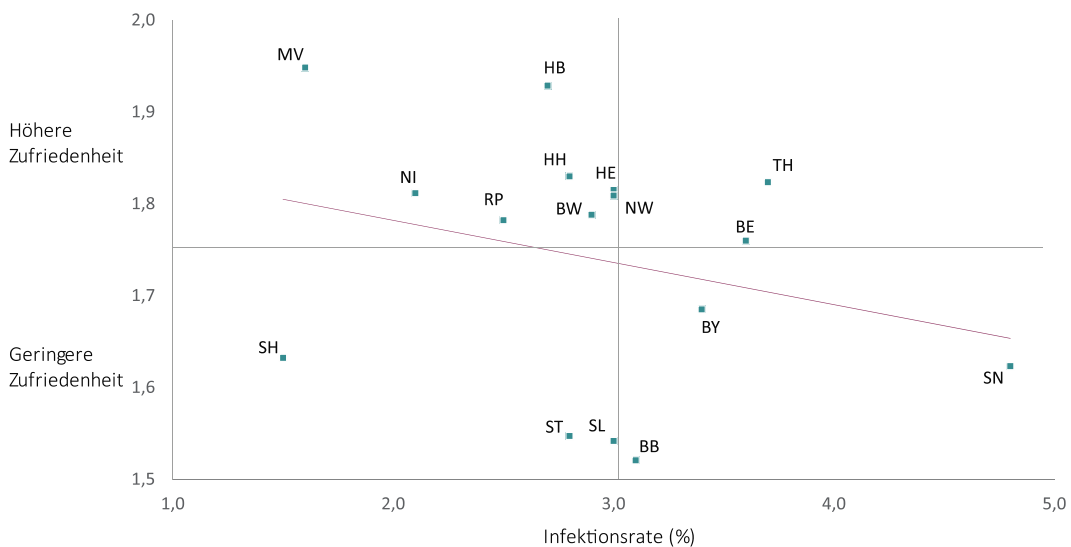
Der vergleichsweise schwache Zusammenhang auf Bundesländerebene zwischen Gewinnveränderung und Zufriedenheit mit den staatlichen Maßnahmen bestätigt sich, wenn wir diese beiden Datenpunkte in der folgenden Abbildung direkt gegenüberstellen.

Nur ein grober Zusammenhang zwischen Gewinnveränderung und Zufriedenheit



Stärker ausgeprägt (mit einem 1,5-mal höheren Koeffizienten) ist die Korrelation der Zufriedenheit mit dem Pandemiegeschehen in den Bundesländern. In Bundesländern mit höheren Infektionsraten sind die Firmen deutlich unzufriedener mit den staatlichen Maßnahmen. Die Daten für die Infektionsraten basieren auf den Angaben des Robert-Koch-Instituts (Stand: 1.3.2021).

Zufriedenheit der Unternehmen hängt vielmehr auch vom Pandemiegeschehen ab



2. Unterscheidung nach Größenklassen und Branchen

Ein klarer Zusammenhang besteht auf Bundesebene zwischen der Unternehmensgröße und der Zufriedenheit.¹ Je kleiner das Unternehmen, desto stärker ist die Unzufriedenheit mit den staatlichen Maßnahmen ausgeprägt. Gerade unter Einzelunternehmern und Solo-Selbstständigen überwiegt diese Unzufriedenheit am deutlichsten.

Das insgesamt überdurchschnittlich gute Abschneiden von Unternehmen aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, mit geringeren Gewinneinbußen als in den meisten anderen Bundesländern, wird insbesondere von dieser Gruppe an Unternehmen getrieben. Für Solo-Selbstständige und Einzelkaufleute fällt der Gewinnrückgang in diesen zwei Bundesländern deutlich schwächer aus (um mehr als 5 Prozentpunkte) als im Durchschnitt der anderen Bundesländer. Bei der Gruppe aller größeren Unternehmen schneiden Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hingegen nur schwach überdurchschnittlich ab (um weniger als einen Prozentpunkt).

In Baden-Württemberg stellt sich die Situation sogar so dar, dass die Gewinneinbußen dieser Kleinstunternehmen leicht geringer ausfallen als für die übrigen Unternehmen (-15,65 % gegenüber -15,96 %). Ein Beitrag zur gleichmäßigeren Entwicklung kann hier die ergänzende Förderung sein, die das Land Baden-Württemberg im Jahr 2020 eingeführt hatte. Dabei wurde Unternehmen mit starken Umsatzeinbrüchen zusätzlich ein moderater Unternehmerlohn unabhängig von den Fixkosten gewährt. Die Ausgestaltung als Festbetrag kam grundsätzlich insbesondere diesen Kleinstunternehmern zugute, was sich im besseren Abschneiden dieser Unternehmen in Baden-Württemberg widerspiegelt. Inzwischen ist dieses Zusatzprogramm allerdings eingestellt und Unternehmen werden auf entsprechende Hilfen des Bundes (insbesondere die Neustarthilfe) verwiesen, deren Ausgestaltung aber ihren Beitrag zur insgesamt mittelmäßigen Zufriedenheit der Unternehmen leistet.

Vorteilhafte Gewinnentwicklung in B-W und R-P hängt an den Kleinstunternehmen

Gewinnveränderung ggü. Vorjahr (in %)	Solo-Selbstständige und Einzelkaufleute	Größere Unternehmen
Andere Bundesländer	-22,75	-16,64
Baden-Württemberg	-15,65	-15,96
Rheinland-Pfalz	-17,45	-15,77

In einzelnen Branchen unterscheidet sich die Entwicklung der Unternehmensgewinne in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vom Bundesschnitt. In der folgenden Tabelle sind die Werte für alle Branchen aufgeführt, für die uns hinreichend repräsentative Teilnehmerzahlen aus beiden Bundesländern vorliegen. Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Rheinland-

¹ Vgl. den Ergebnisbericht 02/2021 (Februar) des German Business Panels, S. 15.



Pfalz ist der bundesweit positive Trend in der Bauindustrie noch deutlicher ausgeprägt. Einige Regionen in den beiden Bundesländern verzeichneten schon vor der Krise sehr hohe Immobilienpreise. Die durch die Krise ausgelöste Kapitalflucht in Wohnwerte und der stärkere Bedarf nach Wohnraum durch Homeschooling und Homeoffice sorgen für eine sehr resiliente Entwicklung dieses Bereichs.

In der Handelsbranche ist bei den leicht überdurchschnittlich positiven Werten für beide Bundesländer zu berücksichtigen, dass einige Baumarkt-, Drogerie- und Supermarktketten ihren Hauptsitz in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben. Baumärkte profitierten insbesondere in der ersten Phase der Krise von veränderten Präferenzen im Konsumverhalten, Drogerie- und Supermärkte sogar durchgängig, gerade aufgrund von Verschiebungen während der Schließung des stationären Fachhandels.²

Schwächer als in anderen Bundesländern fällt in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hingegen die Gewinnentwicklung im IT-Bereich und im Verarbeitenden Gewerbe aus.

Bau, Handel und Dienstleistungen liegen oberhalb, IT und Verarbeitendes Gewerbe unterhalb des Bundesschnitts

Gewinnabweichung ggü. anderen Bundesländern (in Prozentpunkten), nach Staatshilfen	Baden-Württemberg	Rheinland-Pfalz
Bau	+4,2	+7,0
Freiberufliche Dienstleistungen	+4,4	-0,8
Wirtschaftliche Dienstleistungen	+13,1	+4,6
Handel	+3,6	+1,4
Information und Kommunikation	-4,3	-9,8
Verarbeitendes Gewerbe	-4,2	-2,7

² Vgl. den Ergebnisbericht 01/2021 (Januar) des German Business Panels, S. 8. Hier zeigt sich, dass sich allein die Schließung des Fachhandels im Dezember 2020 um etwa 4 Prozentpunkte positiv auf den Gewinn der weiterhin geöffneten Einzelhandelsmärkte auswirkt.

3. Die zweite Welle trifft Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz weniger stark als andere Bundesländer

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderung, die wir zwischen den Werten aus der zweiten Befragungswelle während des zweiten Lockdowns (ab Mitte November 2020) und den Werten aus der ersten Befragung im Sommer (Juli bis September 2020) sehen. Die berichteten Werte stammen ausschließlich von den Unternehmen, für die uns Antworten zu beiden Zeitpunkten vorliegen. Die Werte sind somit **direkt vergleichbar**.

Vergleich Nov-Feb ggü. Jul-Sep (in Prozentpunkten)	Andere Bundesländer	Baden-Württemberg	Rheinland-Pfalz
Gewinnveränderung ggü. Vorjahr	+0,1	+1,6	+5,0
Umsatzveränderung ggü. Vorjahr	+0,3	+5,6	+8,1
Überlebenswahrscheinlichkeit in eigener Branche	-4,0	-2,5	-4,5
Erwartete BIP-Veränderung von 2020 auf 2021	-4,6	-4,0	-6,4

Insgesamt zeigt sich hieran, dass Unternehmen in Baden-Württemberg, noch stärker aber in Rheinland-Pfalz unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten vergleichsweise besser durch diese zweite Welle der Pandemie kommen als in anderen Bundesländern. Die harten Geschäftszahlen auf Unternehmensebene (sowohl für Gewinn als auch für Umsatz) erholen sich gegenüber dem Sommer deutlich stärker, als dies im Bundestrend der Fall ist. Während Gewinn und Umsatz seit dem vergangenen Sommer bundesweit nahezu stagnieren (+0,1 bzw. +0,3 Prozentpunkte), erholen sich die im Sommer berichteten durchschnittlichen Gewinnrückgänge in Rheinland-Pfalz um 5,0 Punkte und in Baden-Württemberg um 1,6 Punkte. Für die Umsatzrückgänge sehen wir sogar eine Erholung um 8,1 Punkte in Rheinland-Pfalz und um 5,6 Punkte in Baden-Württemberg.

Die durchschnittlich berichtete Gewinn- und Umsatzveränderung liegt in beiden Bundesländern (sowie bundesweit) dennoch weiterhin im negativen Bereich.

II – Krisenverlierer: größere Zufriedenheit in Rheinland-Pfalz, Unzufriedenheit in Baden-Württemberg

Siehe Abschnitt I. zur identischen Datengrundlage.



Wie Unternehmen die **staatlichen Hilfsmaßnahmen wahrnehmen**, hängt insbesondere davon ab, wie verlässlich die Auszahlungen funktionieren und wie zeitnah sie erfolgen. Zur Unzufriedenheit tragen insbesondere Verwaltungshürden bei, die den Unternehmen bei Beantragung und Auszahlung begegnen, sowie politischer Vertrauensverlust aufgrund von nicht eingehaltenen Ankündigungen oder Zusagen.³ Die Rahmenbedingungen bei der Verwaltung der Staatshilfen sowie die politische Kommunikation werden auch auf Ebene der Landespolitik beeinflusst. Um die Zufriedenheit in den einzelnen Bundesländern nachzuvollziehen, konzentriert sich die Auswertung in diesem Abschnitt daher auf die von der Krise besonders negativ betroffenen Unternehmen. Das sind die Unternehmen, die direkt von einer staatlich verordneten Schließung betroffen sind. Die hier gezeigten Ergebnisse verhalten sich jedoch sehr ähnlich, wenn wir alternativ die Betroffenheit durch die Krise auf Grundlage der berichteten Umsatzverluste oder Gewinnrückgänge definieren.

1. Zufriedenheit der von Schließung betroffenen Unternehmen

In der folgenden Tabelle stellen wir die ermittelten Zufriedenheitswerte auf Ebene der Bundesländer dar. Dabei unterscheiden wir zwischen Unternehmen, die während der Krise von einer staatlich verordneten Schließung betroffen waren, Unternehmen, die durchgängig geöffneten waren.⁴ Die Zufriedenheitswerte unter den geöffneten Unternehmen unterscheiden sich zwischen den Bundesländern vergleichsweise wenig. Hier liegt Mecklenburg-Vorpommern mit 1,88 Punkten vorne, ganz hinten steht Sachsen-Anhalt mit 1,55

³ Vgl. den Ergebnisbericht 02/2021 (Februar) des German Business Panel. Hier zeigt sich die Unzufriedenheit besonders ausgeprägt unter Unternehmen, die von Verspätungen bei der Auszahlung der Staatshilfe berichten oder im Vertrauen auf politische Zusagen erheblich in die Umsetzung von Hygienekonzepten investieren, aber dennoch erneut geschlossen werden.

⁴ Das Saarland und die Hansestadt Bremen fehlen in dieser Liste, da keine hinreichend repräsentative Zahl an Beobachtungen für Unternehmen vorliegt, die während der Krise schließen mussten.



Punkten und damit nur geringem Abstand. Baden-Württemberg liegt bei diesen Unternehmen mit 1,87 Punkten in der Spitzengruppe, Rheinland-Pfalz mit 1,73 Punkten im Mittelfeld.

Sehr viel deutlichere Unterschiede ergeben sich hingegen unter den von einer Schließung betroffenen Unternehmen, die viel unmittelbarer auf die Ausgestaltung und Verwaltung der staatlichen Hilfsprogramme angewiesen sind, d. h. die Unterschiede in dieser Hinsicht auf Landesebene direkt erfahren. Hier führt ebenfalls Mecklenburg-Vorpommern mit 2,33 Punkten die Liste an, an deren Ende Brandenburg mit nur 1,14 Punkten liegt. Rheinland-Pfalz schneidet unter diesen von der Schließung betroffenen Unternehmen sehr gut ab und liegt mit 2,09 Punkten im bundesweiten Vergleich auf Platz 2. Rheinland-Pfalz gehört damit zu den wenigen Bundesländern, in denen die Zufriedenheitswerte unter geschlossenen Unternehmen höher liegen als unter geöffneten Unternehmen (unter denen bei nur indirekter Betroffenheit durch die Krise der Anteil abgelehnter Hilfsanträge grundsätzlich höher ausfällt).

Baden-Württemberg ist hingegen das Bundesland, in dem der Unterschied in den Zufriedenheitswerten zwischen diesen beiden Gruppen am stärksten überhaupt ausgeprägt ist. Die geschlossenen Unternehmen beurteilen ihre Zufriedenheit mit den staatlichen Maßnahmen um 0,58 Punkte schlechter als die geöffneten Unternehmen. Baden-Württemberg erzielt unter den geschlossenen Unternehmen damit einen Wert von 1,29 und liegt im bundesweiten Vergleich auf dem vorletzten Platz.

Zufriedenheit von geschlossenen und geöffneten Unternehmen (Skala 0-4)

	Geschlossene Unternehmen	Geöffnete Unternehmen
Mecklenburg-Vorpommern	2,33	1,88
Rheinland-Pfalz	2,09	1,73
Niedersachsen	1,91	1,79
Thüringen	1,91	1,81
Sachsen	1,80	1,60
Hessen	1,75	1,82
Berlin	1,70	1,77
Hamburg	1,55	1,85
Sachsen-Anhalt	1,54	1,55
Schleswig-Holstein	1,50	1,65
Bayern	1,45	1,72
Nordrhein-Westfalen	1,43	1,85
Baden-Württemberg	1,29	1,87
Brandenburg	1,14	1,56

Im folgenden Abschnitt untersuchen wir, inwiefern die Beurteilung der staatlichen Hilfsmaßnahmen dieses Auseinanderfallen in der Beurteilung erklären kann.



2. Weniger Verwaltungshürden und geringere Verzögerungen in Rheinland-Pfalz

Bei der Beurteilung der Inanspruchnahme von Staatshilfen fragen wir Unternehmen, die eine Teilnahme an entsprechenden Programmen beantragt haben, ob sie Verwaltungshürden erfahren haben. In der folgenden Tabelle schlüsseln wir den Anteil der Unternehmen, die dies angeben, nach Bundesländern auf. Außerdem unterscheiden wir auch hier erneut zwischen den von einer Schließung während der Pandemie betroffenen und durchgängig geöffneten Unternehmen.

Anteil der Unternehmen, die über Verwaltungshürden bei der Beantragung von Staatshilfen klagen

	Geschlossene Unternehmen	Geöffnete Unternehmen
Andere Bundesländer	54 %	41 %
Baden-Württemberg	66 %	41 %
Rheinland-Pfalz	40 %	42 %

Die Angaben liefern einen ersten Anhaltspunkt dafür, warum geschlossene Unternehmen in Baden-Württemberg die staatlichen Hilfsmaßnahmen deutlich negativer bewerten als Unternehmen in Rheinland-Pfalz. In Baden-Württemberg berichten 66 % dieser Unternehmen von entsprechenden Erfahrungen mit Verwaltungshürden, der Wert liegt deutlich über dem Anteil in anderen Bundesländern (54 %). In Rheinland-Pfalz hingegen fällt die Beurteilung nur bei 40 % der Unternehmen entsprechend negativ aus. In beiden Bundesländern unterscheidet sich hingegen die Beurteilung unter den geöffneten Unternehmen kaum vom bundesweiten Durchschnitt. Der Unterschied besteht tatsächlich nur unter den direkt von einer Schließung betroffenen Unternehmen, d. h. unter den unmittelbaren Krisenverlierern.

Konkret fragen wir im Weiteren danach, ob bei der Auszahlung von Staatshilfen zum Zeitpunkt der Befragung Verspätungen gegenüber dem erwarteten Auszahlungstermin aufgetreten sind. Den Anteil der Unternehmen, die entsprechend berichten, schlüsseln wir in der folgenden Tabelle in der gleichen Weise auf.

Anteil der Unternehmen, die über Verspätungen bei der Auszahlung von Staatshilfen klagen

	Geschlossene Unternehmen	Geöffnete Unternehmen
Andere Bundesländer	50 %	20 %
Baden-Württemberg	57 %	20 %
Rheinland-Pfalz	40 %	24 %

Für Unternehmen, die über Verspätungen bei der Auszahlung von Staatshilfen berichten, ergibt sich ein sehr vergleichbares Bild. Der Anteil der Unternehmen, die über entsprechend negative Erfahrung berichten, liegt in Baden-Württemberg mit 57 % deutlich über dem Anteil in anderen Bundesländern, in Rheinland-Pfalz mit 40 % hingegen deutlich darunter.



„Für kleinere Unternehmen, die mäßige Umsatzeinbußen haben, gibt es null Hilfe. (...) Für mich (...) ist klar, dass ich diese Negativentwicklung nicht mehr ausgleichen kann. Das Unternehmen werde ich in den nächsten 2 Jahren geordnet aufgeben.“

Dienstleister aus Baden-Württemberg

„Es wurden (...) über Nacht die Auszahlungsbedingungen geändert, so dass die Anträge ungültig waren (...) . Die Beträge wurden nicht ausgezahlt bzw. verspätet. Das Finanzamt funktioniert aber tadellos und zieht ein (...) . Insgesamt sind die kleinen und mittleren Betriebe die Verlierer dieser Krise, obwohl wir uns angestrengt haben. Sehr sogar.“

Einzelhandel aus Baden-Württemberg

„In der augenblicklichen Lage hat sich herausgestellt, dass die Politik von kleinen bis kleinsten Unternehmen überhaupt keine Vorstellung hat. Das zeigt sich, dass Unterstützungszahlungen nach Kriterien ausgestaltet werden, die keinen unmittelbaren Bezug haben und die Zahlungen viel zu spät und nicht vollständig erfolgen. Z.B. die Novemberhilfe, die erst am 13.1.21 begonnen wurde, (...) . Nebenwirkungen werden absolut nicht berücksichtigt, z.B. dass zum Jahreswechsel sehr hohe Einmalzahlungen fällig werden, wie Versicherungen, Strom, Wasser, Müllgebühren etc. Zu diesem Zweck konnte man in der Vergangenheit zwischen August und Dezember "Speck ansetzen", was 2020 unmöglich war.“

Gastgewerbe aus Baden-Württemberg

„Als u.a. systemrelevanter Zulieferer (...) haben wir bei erhöhten Kosten und konstanten Preisen weiter produzieren können/müssen. Durch die fehlende Akquise neuer Aufträge (Kontaktbeschränkungen) erwarten wir mittelfristig negative Auswirkungen. Weiterhin gehen wir davon aus, dass unsere gesunkenen Gewinne zukünftig durch steigende Steuerbelastung zur Finanzierung der Coronamaßnahmen herangezogen werden.“

Verarbeitendes Gewerbe aus Rheinland-Pfalz

III – Krisengewinner: Besonders hoher Anteil in Baden-Württemberg

Siehe Abschnitt I. zur identischen Datengrundlage.



Unsere Daten zeigen, konsistent mit anderen Befunden,⁵ dass die wirtschaftliche Krise während der Pandemie nicht nur negative Folgen für einzelne Unternehmen und spezielle Branchen hat. Andere Unternehmen und Geschäftsmodelle profitieren deutlich von den Veränderungen im Nachfrageverhalten der Konsumenten sowie der durch die Schließungen verzerrten Wettbewerbssituation. Es gibt daher auch unter den Unternehmen Krisengewinner. Grundsätzlich gilt dabei, dass Unternehmen in einer Krise besonders erfolgreich bestehen können, wenn sie sich durch hohe Innovationskraft und Flexibilität, nicht nur bei der schnellen Kapazitätsanpassung, sondern auch finanzieller Art aufgrund vorhandener Reserven, auszeichnen, oder von besonders gut ausgebauter Infrastruktur an ihrem Standort profitieren.⁶

Auch diese Rahmenbedingungen können sich zwischen den Bundesländern unterscheiden. Daher zeigen wir in der folgenden Tabelle den Anteil der Unternehmen in jedem Bundesland, die wir zu den Krisengewinnern zählen können. Hierfür wählen wir einen Mindestwert von 30 % an berichtetem Wachstum in Umsatz oder Gewinn während der Krise. Tatsächlich zeigen sich in der Rangfolge erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während Berlin beim Gewinnwachstum auf dem ersten Platz liegt (18,4 % der Unternehmen berichten entsprechendes Wachstum), folgt Baden-Württemberg direkt auf Platz 2 im bundesweiten Vergleich (mit 17,4 %). Rheinland-Pfalz folgt mit einem Anteil von 17,0 % dahinter. Am Ende liegt Mecklenburg-Vorpommern mit 10,8 %. Diese Werte sprechen für vorhandene Innovationskraft und hinreichend verfügbare Ressourcen, u.a. auch in Infrastruktur, in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Gerade in Baden-Württemberg findet sich das in einem hohen Anteil rein digitaler Produkte sowie hoher Forschungsintensität bestätigt (2018: 133 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner sind ein bundesweiter Spitzenwert).

⁵ Vgl. etwa die Erhebungen des Statistischen Bundesamtes, abrufbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Corona/Wirtschaft/kontextinformationen-wirtschaft.html>

⁶ Vgl. etwa Barry / Campello / Graham / Ma, Corporate Flexibility in a Time of Crisis, Duke University 2021; Fahlenbrach / Rageth / Stulz, How Valuable is Financial Flexibility when Revenue Stops? Evidence from the Covid-19 Crisis, Review of Financial Studies, im Erscheinen; Levine / Lin / Xie, Local Financial Structure and Economic Resilience, Working Paper, UC Berkeley 2021.



**Anteil der Unternehmen,
die während der Krise besonders hohes Wachstum verzeichnen (mind. 30%)**

Bundesland	Hohes Gewinnwachstum	Hohes Umsatzwachstum
Berlin	18,4	18,2
Baden-Württemberg	17,4	15,4
Hamburg	17,1	17,5
Rheinland-Pfalz	17,0	13,9
Niedersachsen	16,8	13,7
Sachsen	16,5	16,9
Sachsen-Anhalt	16,5	19,0
Schleswig-Holstein	16,1	14,6
Bremen	15,6	8,9
Hessen	14,9	12,1
Nordrhein-Westfalen	14,8	12,1
Bayern	14,4	13,0
Saarland	14,3	14,3
Thüringen	13,6	9,1
Brandenburg	13,0	12,2
Mecklenburg-Vorpommern	10,8	10,8

„Jeder jammert über Corona. Viele – so auch uns – hat es gar nicht so schlimm getroffen. Wir sind ein kleines Start-Up-Unternehmen und konnten unsere 80 % Umsatzwachstum des Vorjahres nicht fortsetzen. Corona hat das Umsatzwachstum auf 50 % reduziert in 2020. Das ist doch auch noch ok.“

Dienstleister aus Baden-Württemberg

„Die ökonomischen Auswirkungen durch Corona waren nicht sehr dramatisch. Wir sind halt nicht gewachsen wie geplant, konnten uns aber recht gut halten. Entscheidend war dafür unsere Kostenflexibilität und [die Tatsache], dass wir bereits sehr virtuell organisiert und auch aufgestellt waren. Dramatisch ist jedoch die Veränderung in der Leistungserbringung und in der Art und Weise, wie wir akquirieren.“

Dienstleister aus Baden-Württemberg

„Wir gehören zu den Gewinnern von Corona, [Zulieferer] auf oberem Qualitätsniveau.“

Großhandel aus Baden-Württemberg

„Die Umfrage macht den Eindruck, dass jedes Unternehmen unter der Corona-Krise leidet. Es gibt aber viele Unternehmen, die durch die Krise profitieren: der gesamte Lebensmittelbereich (einschließlich Logistiker und Dienstleister), Tankstellen, die Lebensmittel verkaufen, der gesamte Camping- und Outdoor-Bereich, Gartengeräte, Garten- und Landschaftsbau, Swimmingpool, Fahrräder und E-Bikes, Schutzkleidung, Hygiene, Steuerberater, IT-Unternehmen, der gesamte E-Commerce ...“

Einzelhandel aus Baden-Württemberg

Appendix

Die 16 Bundesländer im Vergleich

	Anzahl der Teilnehmer	Gewinnveränderung ggü. Vorjahr (%)	Erwartetes BIP-Wachstum 2021 (%)	Allgemeine Unsicherheit der Unternehmen *	Reichen die staatlichen Maßnahmen (Anteil „Ja“ in %)	Zufriedenheit mit aktuellen staatl. Maßnahmen **	Erwartung: Niemals Umsatz-erholung (Anteil in%)	Erwartung: Überlebensrate in der Branche (%)
Baden-Württemberg	2,679	-16,05	-5,89	3,77	45,14	1,79	12,52	76,90
Bayern	2,966	-17,22	-5,85	3,79	37,39	1,68	12,92	75,06
Berlin	1,330	-19,49	-5,23	3,76	42,24	1,76	13,49	73,60
Brandenburg	377	-13,40	-6,25	3,53	35,14	1,52	12,50	75,10
Bremen	121	-17,65	-4,31	3,74	39,29	1,93	12,50	76,93
Hamburg	847	-18,59	-5,49	3,76	45,00	1,83	12,23	75,45
Hessen	1,661	-16,73	-5,15	3,66	45,17	1,81	14,13	75,95
Mecklenburg-Vorpommern	212	-17,25	-4,67	3,63	47,54	1,95	18,33	77,31
Niedersachsen	1,201	-16,10	-6,07	3,79	43,43	1,81	11,29	76,49
Nordrhein-Westfalen	3,646	-18,05	-5,82	3,71	38,90	1,81	11,92	76,00
Rheinland-Pfalz	818	-15,92	-5,80	3,71	36,42	1,78	16,59	76,38
Saarland	161	-22,53	-8,03	4,05	21,74	1,54	23,08	75,80
Sachsen	626	-16,26	-6,89	3,85	31,72	1,62	13,45	74,70
Sachsen-Anhalt	246	-25,23	-8,16	4,00	31,37	1,55	16,36	75,05
Schleswig-Holstein	536	-12,31	-7,21	3,67	38,46	1,63	11,03	76,20
Thüringen	303	-14,48	-7,57	3,73	34,29	1,82	16,67	76,92

* Dies zeigt den Anteil an allen Unternehmen in der jeweiligen Branche und unterscheidet sich daher von den in der Grafik auf S. 9 gezeigten Werten, die sich nur auf die 74% der Unternehmen beziehen, die aktuell Umsatzverluste berichten.

** Die Zufriedenheit ist definiert als der Unterschied zwischen dem Anteil der Zufriedenheit und dem Anteil der Unzufriedenheit an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen in dieser Branche.



Das **German Business Panel** ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR TRANSPARENCY

www.accounting-for-transparency.de

Project C01: www.gbpanel.org



Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Collaborative Research Center (SFB/TRR) Project-ID 403041268 – TRR 266 Accounting for Transparency